



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **M 496 Motion Reusser Christina und Mit. über die Erstellung eines Berichtes zur Familienpolitik des Kantons Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Hans Lipp beantragt Erheblicherklärung als Postulat.  
Christina Reusser hält an ihrer Motion fest.

Hans Lipp: Die CVP-Fraktion beantragt die Erheblicherklärung als Postulat. Die Situation der Familien und somit die Familienpolitik gehört zu unseren Kernthemen. Wir wollen die Lebensqualität der Familien in ihren vielfältigen Lebensformen fördern. Zur Familie als kleinste Zelle der Gesellschaft gilt es Sorge zu tragen. In der Stellungnahme der Regierung wird sehr ausführlich aufgezeigt, welche Massnahmen umgesetzt worden sind. Der Familienbericht 2017 des Bundes greift keine wesentlich neuen Themen auf. Unsere Leitsätze, die in den Grundlagenpapieren verankert sind, gehören zum Grundauftrag der verschiedenen Departemente, Dienststellen und Abteilungen. Weitere Umsetzungen oder definitive Leitsätze erfolgen im Rahmen der laufenden Programme und Projekte. Zudem fehlen im Moment die Ressourcen für einen umfassenden Bericht, das ist uns allen bestens bekannt. Der neue Bericht wird auf 2025 erwartet. Insbesondere zu den Themen Prämienvergünstigungen oder Prämienverbilligungen, Alimentenbevorschussung oder alleinerziehende Mütter und Väter gilt es konkrete und griffige Lösungen zu suchen und festzulegen.

Christina Reusser: Die ausführlichen Aufzählungen in der Stellungnahme der Regierung zeigen sehr deutlich, welche Kraft und Wirkung aus einem Familienbericht hervorgehen kann. Diese Aufzählungen sind aber im Sinn eines Rechenschaftsberichtes anzusehen. Die Jahreszahlen in der Stellungnahme zeigen gut auf, dass die meisten Massnahmen bald auslaufen und sich dem Ende zuneigen. Aus dem aufgeführten Kinder- und Jugendleitbild wird ersichtlich, dass dieses Jahr die letzte Lancierungsveranstaltung stattfindet. Wie es danach weitergeht, ist ungewiss. Wie ich bereits in meiner Motion ausgeführt habe, ist es wichtig, nicht einfach stehen zu bleiben und sich von den alltäglichen Notwendigkeiten treiben zu lassen. Familien sind wichtige Bewohner des Kantons, weshalb es auch eine kantonale Familienpolitik braucht. Diese ist unabdingbar und konstant weiterzuführen. Ich bleibe dabei: Meines Erachtens fehlt es an einer Gesamtschau. Der Gesamtblick und vor allem eine Koordination der Massnahmen fehlen. Der Regierungsrat gibt leider nur eine Replik dazu ab, was alles läuft, sagt aber ausser über die knappen finanziellen Ressourcen nichts darüber, ob es eine Gesamtstrategie braucht oder nicht. Ich bin nach wie vor überzeugt davon, dass eine Gesamtstrategie gerade auch deshalb notwendig ist, weil eine langfristige Planung zielgerichtet und effizient ist und weil nicht teure und alltagsgetriebene und nicht aufeinander abgestimmte Massnahmen die Familienpolitik bestimmen sollen. Die Grüne Fraktion hält an der Motion fest.

Helen Schurtenberger: Im Jahr 2007 wurde das Familienleitbild des Kantons erstellt. Gemäss Auftrag wurde alle vier Jahre darüber Bericht erstattet, welche Massnahmen umgesetzt wurden und welche Wirkung sie erzielt haben. Die Berichterstattung erfolgte in den Jahren 2010 und 2015. Zudem wurde im Jahr 2015 das Konzept „Frühe Förderung“ umgesetzt. Weitere Leitsätze sind im Familienleitbild definiert und werden im Rahmen verschiedener Programme und Projekte umgesetzt. Ein Programm ist das Kinder- und Jugendleitbild, das sich jedes Jahr Themen widmet, bei denen sich Gemeinden und Schulen animiert fühlen, beim Kinder- und Jugendaward mitzumachen. Das ist eine sehr gute Sache. Wir stellen fest, dass die Ziele des Familienleitbildes 2007 mit verschiedenen Programmen und Massnahmen umgesetzt worden sind und weiterhin umgesetzt werden. Die Erhebung von LUSTAT 2018 hat ergeben, dass keine weiteren Massnahmen ergriffen werden müssen. Weiter ist zu bemerken, dass im Jahr 2017 ein Familienbericht auf Bundesebene erstellt worden ist. Auch in diesem Bericht sind keine weiteren Erkenntnisse dazugekommen. Der Kanton Luzern ist zurzeit nicht auf Rosen gebettet. Ein weiterer Bericht bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die im Moment nicht vorhanden sind. Die FDP-Fraktion lehnt sowohl die Erheblicherklärung als Motion wie auch als Postulat ab. Nicht alles, was wünschbar ist, ist auch jederzeit machbar.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die Familie hat gesellschaftspolitisch gesehen ein hohes Ansehen. Ihr Wohlergehen, das Aufwachsen der Kinder und ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind zentral für die Zukunft unserer Gesellschaft. Es handelt sich um ein politisches Kernthema. Die Stellungnahme der Regierung zeigt auf, welche Massnahmen der Kanton im Bereich Familie trifft. Die Liste mit Massnahmen und Projekten ist sehr gross, was sehr loblich ist. Die Auflistung zeigt, dass vor allem in die Bildung und die Sensibilisierung der Eltern investiert wird. Die Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Kinder, dabei sollen sie Unterstützung erhalten. Es wird aber verschwiegen, dass die Gründung einer Familie und die Anzahl Kinder nicht unerheblich sind für das Risiko, arm zu werden. Nicht wenige Familien, vor allem Alleinerziehende, leben am Existenzminimum und sind armutsbetroffen. Zudem ist der Kanton Luzern bei der Entlastung durch die individuelle Prämienverbilligung im nationalen Vergleich in einem sehr schlechten Ranking unterwegs. Diesbezüglich gibt es also bei der Unterstützung und Förderung von Familien noch Potenzial. Die Motion fordert eine Gesamtschau. In der Stellungnahme werden zwar viele Massnahmen aufgelistet, aber ihre Wirkung ist nicht ersichtlich. Vielleicht müssten gewisse Massnahmen angepasst werden. Um auf diese Fragen Antworten zu erhalten, braucht es diese Motion. Gerade weil das Geld knapp ist, ist es umso wichtiger, die Wirkung der einzelnen Massnahmen zu kennen. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Motion zu.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Grundsätzlich ist die Forderung der Postulantin legitim, weil der Kanton seine Familienpolitik auf die Zielerreichung überprüfen muss. Seit der Erstellung des Familienleitbildes ist tatsächlich viel Zeit vergangen. In ihrer Stellungnahme zeigt die Regierung aber auf, dass das Leitbild einem stetigen Analysen- und Verbesserungsprozess unterworfen ist. Die Ziele des Leitbildes werden auf das aktuelle Umfeld angewandt, und daraus werden Ziele und Massnahmen abgeleitet. Diese Ziele und Massnahmen sind nach wie vor aktuell. Mir kommt es fast so vor, als ob der Kanton ohne diesen Bericht keine Familienpolitik betreiben würde. Das ist aber nicht der Fall. Der verlangte Bericht würde zu keinen neuen Erkenntnissen führen, deshalb lässt sich auch der Aufwand nicht rechtfertigen.

Claudia Huser Barmettler: Wie der Regierungsrat richtigerweise schreibt, wird mit vielen einzelnen Massnahmen einiges für die Familienpolitik getan. Deshalb darf man sich durchaus fragen, ob ein Bericht tatsächlich nicht unverhältnismässig ist. Wir finden das nicht, denn unser Rat fordert zu diversen Themen immer wieder Berichte; ich denke dabei etwa an den Wirkungsbericht zum Finanzausgleich, den Planungsbericht zur Kulturförderung, den Planungsbericht zur Energiepolitik, den Planungsbericht zur Landwirtschaft, den öV-Bericht und den Bericht Gesundheitsversorgung, um nur einige zu nennen. Natürlich will ich damit nicht suggerieren, dass es nur einen Bericht braucht, weil das in anderen Bereichen ebenfalls der Fall ist. Es braucht diesen Bericht, weil viele der aufgezählten Massnahmen

bald auslaufen und nicht klar ist, was danach geschieht. Was ist mit den Massnahmen, die wir schon vor einiger Zeit besprochen haben, beispielsweise bei der Beratung des Wirkungsberichtes zur Existenzsicherung 2015? Wieso ist die Alimentenbevorschussung immer noch nicht umgesetzt? Die Massnahmen wurden 2007 beschlossen. Da sich in diesen elf Jahren einiges verändert hat und gerade auch weil die Kantonsfinanzen knapp sind, braucht es eine Gesamtschau. Die CVP-Fraktion beantragt die Erheblicherklärung als Postulat; mir ist nicht klar, was genau sie damit bezwecken will. Die GLP-Fraktion spricht sich für die Erheblicherklärung als Motion aus.

Christina Reusser: Ich erwarte keinen Rechenschaftsbericht, sondern eine proaktive Weiterentwicklung in einem sehr wichtigen Bereich der Politik, nämlich in der Familienpolitik. Mir fehlen die Visionen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Was die Alimentenbevorschussung angeht, arbeiten wir zurzeit zusammen mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) an einer Lösung. Ich bin optimistisch, dass wir zu einem guten Resultat gelangen. Die Regierung hat sich gut überlegt, welche Massnahmen in der Familienpolitik zukünftig ergriffen werden können. Das Familienleitbild aus dem Jahr 2007 hat bis heute nichts an Aktualität eingebüsst, was auch durch den Familienbericht des Bundes 2017 bestätigt wird. Zudem gibt der Bund eine gewisse Richtung vor. Der Familienbericht des Bundes enthält einige Ziele, die auf unseren Kanton heruntergebrochen werden können. Im Moment fehlen uns aber auch einfach die personellen Ressourcen dazu. Zwar lehnt die Regierung die Motion ab, das bedeutet aber nicht, dass wir nicht in die Zukunft schauen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Motion mit 67 zu 35 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 57 zu 47 Stimmen als Postulat erheblich.